

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3617.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A.
Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Rothenburg a. d. Tauber. (Telegramm.)
Korbmacher! Zuzug fern halten nach der Firma Heinrich Maier & Wünsch.

Zuzug ist fern zu halten von:
Tischlern nach Barel (Lietgen), Aschersleben, Heidenau in Sachf. (Wittner & Zimmermann), Urach, Krefeld, Grünberg in Schlesen, Ulm a. d. Donau, Straßburg im Elsaß (Firma Wosch), Regensburg, Graz, Altenburg, Remscheid, Gardelegen, Hofgeismar bei Kassel (Firma Stolze), Elmshorn, Stettin, Konstanz, Senftenberg, Blanke- neuse-Dodenhuben;

Tischlern, Glasern, Maschinenarbeitern und Anschlägern nach Frankfurt a. M.;

Tischlern u. Holzbearbeitungsmaschinisten nach München; Tischlern, Stellmachern und Drechslern nach Halle; Sautischlern und Glasern nach Meissen, Grünstadt in der Pfalz (Schuhmacher);

Bau- und Möbeltischlern nach Gera (Schmidt);

Möbeltischlern, Holzbildhauern, Drechslern, Stellmachern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Warmbrunn (Gebr. Wallisch), Ehlingen;

Tischlern, Stuhlbauern und Korbmachern nach Sameln an der Weser;

Modelltischlern nach Breslau;

Stuhlarbeitern nach Geringswalde (Reiche & Köhler.);

Parquetbodenlegern nach Berlin;

Drechslern nach Lindenwalde (C. Wörfel), Schaale (Möbelfabrik Küperbusch & Co.);

Berlmutterknopf-Drechslern nach Frankenhäusen a. Rhf. und Kelbra;

Klavier- und Harmonikarbeitern nach Ulm a. d. D.;

Stellmachern nach Magdeburg, Berlin, Breslau, Augsburg und Urdingen a. Rh. (Waggonfabrik);

Riftenmachern, Maschinenplazarbeitern nach Bremen;

Korbmachern nach Berlin und Umgegend, Hamburg.

Die Lohnbewegung der Holzarbeiter im Jahre 1899.

III.

Was wir zu Anfang des vorigen Jahres (s. Nr. 7) schon voraussahen, ist eingetreten. Die Zahl der Abwehrstreiks hat die Angriffsstreiks übertroffen. Die Statistik des Jahres 1899 weist an Abwehrstreiks 70 gegen 62 Angriffsstreiks und gegen 41 Abwehrstreiks im Jahre 1898 auf. Mit der gestiegenen Zahl der Einzelfälle ist auch die Zahl der an den Abwehrstreiks Beteiligten eine größere geworden, und zwar 1692 gegen 1160. Weniger als die Zunahme der Beteiligten fällt die Zunahme der Streiks selbst in's Gewicht und die Gründe, die zu denselben führten. Handelte es sich doch allein in 40 Fällen um Abwehr einer Lohnreduktion und in 10 Fällen um Verlängerung der Arbeitszeit. Daß die Abwehrstreiks meistens in eine den Kollegen unangenehme Zeit fallen, ist selbstverständlich; konnten wir doch schon Anfang Februar des Berichtsjahres in 30 Fällen angekündigte Lohnreduktionen melden. Die Unternehmer wählen die Zeit der ungünstigsten Geschäftskonjunktur, die auch die Arbeiter am wenigsten zum Widerstande anregt. Es ist daher sehr begreiflich, daß die Unternehmer sich nur widerwillig auf Unterhandlungen einlassen und die Arbeiter manche Lohnreduktion in Kauf nehmen, wissend, daß momentan nichts zu machen ist. Nicht immer ist es aber so, und es wäre bedauerlich, wenn diese Passivität, dieses Uebersehenlassen allgemein wäre. Wo die Kollegen organisiert sind, und es ihnen mit den Pflichten und Aufgaben des Verbandes ernst war, sind trotz der ungünstigen Geschäftsperiode manche Verschlechterungen des Arbeits- und Lohnverhältnisses mit Erfolg abgewehrt worden. Das könnte

in den allermeisten Fällen geschehen, wenn die Kollegen einer Werkstatt nicht nur zeitweise, sondern ständig sich als Verbandsmitglieder fühlen würden, und diejenigen, welche „nicht kalt noch warm sind“, d. h. die durch die Organisation errungenen Vorteile gern für sich einheimen, aber keine materiellen Opfer bringen, mit dieser tadelnswerthen Taktik brechen und als gleichwertige Mitglieder und Kämpfer sich ihren Arbeitskollegen anschließen würden.

Unsere Kollegen sollten ein für allemal damit rechnen, daß jede Partei, Arbeiter und Unternehmer, die Kämpfe führen, wenn die Erfolge weniger fragwürdig sind. Die Arbeiter streiken nicht dann, wenn es den Unternehmern genehm ist, sondern zu einer Zeit, wo ihnen die Geschäftskonjunktur günstig ist. Die Unternehmer handeln von ihrem entgegengesetzten Standpunkt aus ebenso. Jedes Lamentiren, daß die Unternehmer mitten im Winter die Löhne reduzieren, die Arbeitszeit verlängern, die Arbeitsordnung verschlechtern zc. sind überflüssig. Da mögen sich die Kollegen entrüsten über die Brutalität, über die Unverschämtheit der einzelnen Arbeitgeber so viel sie wollen, ja, mögen sie in noch so beweglichen Worten das Unrecht schildern, daß ihnen durch den „Herrn im Hause“ zugefügt wird — Alles hinfällig; hier entscheidet im wirtschaftlichen Kampfe nicht das Mitgefühl und nicht das Recht, sondern die Macht. Hunderte Male haben unsere Kollegen das an ihrem eigenen Leibe erfahren müssen, aber geschiedt wurden sie trotzdem nicht. Nach jedem beendigten siegreichen Streik — wenn er auch mit noch so großer Begeisterung geführt wurde — haben wir die Wahrnehmung gemacht, daß nach ganz kurzer Zeit die oft mit schweren persönlichen und finanziellen Opfern erkämpften Errungenschaften nach dem kaum verräucherten Siegestaumel auch schon wieder abzubröckeln beginnen. Noch ehe der Frühling des nächsten Jahres in's Land zieht, — ist Alles flöten!

Wir übertreiben nicht. Wer die Situationsberichte in der „Holzarbeiter-Zeitung“ verfolgt (leider geschieht das viel zu wenig), der wird zugeben müssen, daß mancher in diesem Jahre stattgefunden und geplante Streik vermieden werden konnte, wenn die Kollegen an den in Frage kommenden Orten nicht ihre Pflicht so gründlich verlegt hätten. Fast jeder Abwehrstreik ist eine Quittung über die vernachlässigten Pflichten seitens der Berufskollegen. Was wird da nicht gesündigt in Bezug auf die vereinbarte Arbeitszeit! Ueberstunden werden gemacht, ohne daß recht oft deren Berechtigung nachgewiesen wird. Viele Kollegen arbeiten mit Kuhhand lieber zwei denn eine Stunde, sintemalen ja ein Aufschlag von 25 und 33 pZt. gezahlt wird. Sie vergessen aber, daß diese Bereitwilligkeit zum Längerarbeiten dem Unternehmer eine Handhabe bietet, bei gelegener Zeit die Ueberstunde nicht mehr theurer zu bezahlen, und schließlich ist die zehn- resp. elfstündige Arbeitszeit wieder da. Dann befinden sich die Kollegen darauf, was sie angerichtet, und — der Abwehrstreik ist in vielen Fällen fertig. Recht oft finden sie gar nicht einmal den Muth, ihren Fehler einzusehen, und daher kommt es denn, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse garnicht lange Zeit nach einem siegreichen Streik noch schlechter sind als sie vor demselben waren. Auch darüber enthalten die Berichte manches Lehrreiche. Was bezüglich der Arbeitszeit gesagt ist, trifft auch auf die Lohnreduktion zu, wenigstens soweit es sich um vereinbarte Akkordpreise handelt. Im Würgen und Schinden kennen einzelne Kollegen keine Grenzen. Was Wunder, wenn die Berechnung des Arbeitgebers: der von ihm angelegte Preis werde die äußerste Kraftanstrengung des Arbeiters

nötig machen, um einen knappen Lohn zu verdienen, von den Arbeitern über den Haufen geworfen wird — er (der Arbeitgeber) eine Reduzierung der Akkordpreise vornimmt. Dann ist das Malheur groß und zur Abwehr wird mobil gemacht. Würde, was wir schon so oft betont haben, etwas mehr Vernunft Platz greifen und der unlautere Wettbewerb in Bezug auf Selbstschindung nicht so bedauernswerte Blüten treiben, dann ginge das schon. Manche Enttäuschung und mancher Abwehrstreik würde weniger sein. In 14 Fällen weist die Statistik Abwehrstreiks wegen Maßregelung auf. Meistens sind die Gemahregelten diejenigen, die auf Innehaltung der Vereinbarungen halten, oder Zugereifte und Mitarbeiter ermuntern, sich gegen Verschlechterungen zu wehren. Die sogenannten „Geher“ fliegen hinaus und, wie das menschlich berechtigt ist, tritt die Solidarität der übrigen Mitarbeiter in ihr Recht. Ob das in jedem Falle taktisch richtig ist, das ist eine andere Frage. Wir halten es manchmal durchaus für unangebracht, wenn 20 und mehr Kollegen sich mit einem ihrer Mitarbeiter zu recht ungünstiger Zeit solidarisch erklären und die Arbeit einstellen. Das lehrte z. B. ein in jüngster Zeit beendeter Streik, der ja zehn Wochen dauerte, Tausende Mark verschlang und erfolglos beendet werden mußte.

Ist es nicht besser, die Erregung nieder zu dämpfen bis zu einem günstigeren Momente? Ist es nicht richtiger, einzelne gemahregelte Kollegen zu unterstützen, bis ihnen anderweitig Arbeitsgelegenheit geboten wird, anstatt sofort der persönlichen Erregung den Tribut zu zahlen? Die Erfahrung lehrt, daß das Unternehmertum sich nur selten herbeiläßt, von ihm entlassene Arbeiter, auch „Geher“ genannt, wieder einzustellen, wenn es durch das Mittel des Streiks dazu gezwungen werden soll. In keinem Punkte häumt sich der Unternehmerrückblick so sehr gegen die Arbeiterautonomie auf als hier. Sieht der Unternehmer wirklich nach, so geschieht es ganz sicher nur unter dem äußersten Druck der Verhältnisse. Seine Nachgiebigkeit dauert aber auch nicht länger, als dieser Druck besteht, und der ehemals Gemahregelte und Wiedereingestellte liegt wieder draußen. Ein Kampf gegen Windmühlenflügel, so lange nicht eine äußerst starke Organisation einen dauernd bestimmenden Einfluß auf das Arbeitsverhältnis auszuüben im Stande ist. So lange dies nicht der Fall ist, sollten Abwehrstreiks wegen Maßregelung eines einzelnen Kollegen möglichst vermieden werden. Die Gemahregeltenunterstützung ist deshalb laut Statut eingeführt worden, damit sie solchen Kollegen, die im Verbandsinteresse gemahregelt wurden, zu Gute kommt.

Die Statistik zeigt, daß in keinem der 14 Fälle durch den Abwehrstreik ein Erfolg zu Gunsten der Streikenden erzielt wurde. Also eine beherzigenswerthe Lehre für die Zukunft! Zu den weiteren Fällen, die Anlaß zu Abwehrstreiks gaben, wollen wir uns nicht weiter äußern, da sie ein allgemeines Urtheil nicht zulassen. Jedoch scheint es uns, als ob in zwei Fällen: Strafe wegen Feier des 1. Mai, ein Abwehrstreik deplacirt war. Dagegen halten wir es unter allen Umständen für Pflicht, in einen Abwehrstreik einzutreten, wenn ein Unternehmer Austritt aus der Organisation verlangt oder den Anschluß an dieselbe verbietet. Eine solche Annäherung des Unternehmertums verdient die schärfste Zurückweisung. In allen Fällen, wo durch Beschluß ein Abwehrstreik zur Thatsache geworden, ist die Solidarität der Kollegen einer Werkstatt ein dringliches Erforderniß. In keinem Falle kann dem Einzelnen dann das Recht der Erwägung zustehen, ob der beschlossene Streik gerecht-

fertigt ist, ob er Aussicht auf Erfolg hat oder mit einer Niederlage enden wird; hier heißt es Mann für Mann zusammenzustehen und bis zum Ende auszuharren.

Daß die Chancen bei Abwehrstreiks für die Beteiligten nichts weniger als günstig waren, giebt die Statistik unumwunden zu. Für nur 766 Beteiligte war der Erfolg günstig, für 707 verlief der Kampf erfolglos. Das Letztere ist zum großen Theil auf das mangelnde Solidaritätsgefühl zurück zu führen. Wie der Bericht sagt, haben sich 111 Kollegen nicht angeschlossen und 340 Kollegen wurden zu Streikbrechern.

Daß die Aussicht auf Erfolge bei den Abwehrstreiks des vorigen Jahres von vornherein sehr gering war, geht aus dem Verhalten der Unternehmer hervor. Während 41 zu Unterhandlungen geneigt waren, wiesen 29 Unternehmer solche mehr oder minder schroff zurück. Das ist bei Abwehrstreiks aber immer in höherem Maße der Fall als bei Angriffsstreiks. Hand in Hand mit dieser für die Arbeiter von vornherein schwachen Position geht die Dauer der Streiks. Je länger sie anhalten, desto geringer der Erfolg, um so größer die Opfer und um so geringer die Geneigtheit der Beteiligten, das Ende des Streiks herbeizuführen. Die große Zahl der Streiklosen und Gemäßigten bei den vorjährigen Abwehrstreiks legt dafür ein herabes Zeugniß ab. Die Lehre, welche aus den Abwehrstreiks gezogen werden muß, läßt sich in zwei Worte zusammenfassen: **Mit Ruhe und Besonnenheit erwägen und erst dann entscheiden, was für die in Frage kommenden Kollegen und für die Gesamtorganisation das Beste ist!**

Die Gewerkschaften und ihr Verhältniß zur Sozialdemokratie.

Von Drusus.

Seit längerer Zeit macht sich in einer der bedeutendsten Gewerkschaften Deutschlands, dem Buchdruckerverbande, eine Stimmung bemerkbar, die sich ausgesprochenemassen gegen die Sozialdemokratie richtet. Die Veranlassung hierzu ist folgende. Im Jahre 1896 bestanden innerhalb des Buchdruckerverbandes Meinungsverschiedenheiten über den Werth oder Unwerth der sogenannten Tarifgemeinschaft, die schließlich dazu führte, daß ein kleiner Theil der Mitglieder absprang und eine neue Gewerkschaft gründete. Letztere betonte bei jeder Gelegenheit mit besonderer Vorliebe ihren sozialdemokratischen Charakter, und da auch einige politische sozialdemokratische Zeitungen die Tarifgemeinschaft bekämpften, so entwickelte sich in den Köpfen der leitenden Personen des Buchdruckerverbandes der Gedanke, daß die Sozialdemokratie als solche ihrer Organisation feindlich gesinnt sei. Der Redakteur des Verbandsorgans der deutschen Buchdrucker verlegte sich im Laufe der Polemik in genannter Zeitung zu folgenden Aeußerungen:

„Wir Buchdrucker haben wahrlich die sozialdemokratische Partei nicht nötig, um unsere Organisation aufrecht zu erhalten.“

„Wir betrachten es als ein Armutsszeugniß sondergleichen, wenn eine in sich gefestigte Organisation mit 28 000 Mitgliedern und einem Kapital von über drei Millionen Mark bei jedem Schritt im gewerkschaftlichen Leben fragen soll: „Ja, was sagt die Partei dazu?“ Damit wäre eine große, selbstständige Organisation, wie wir bereits 1896 in Halle ausführten, zu einem sozialdemokratischen Diskussionsklub heruntergebrückt.“

„Und die Gründer unserer Organisation waren glücklicher Weise keine Sozialdemokraten. Für die Gewerkschaftsbewegung betrachten wir die Sozialdemokratie nicht als förderlich, und je drastischer der Genosse in der Gewerkschaftsbewegung hervortritt, desto schädlicher ist es für die betreffende Organisation.“

Es liegt uns natürlich vollständig fern, mit dem „Correspondent“ darüber zu disputiren, ob die Buchdruckerorganisation die sozialdemokratische Partei nötig hat oder nicht und ob sie verpflichtet ist — was unseres Wissens noch kein Mensch verlangt hat — bei jedem ihrer Schritte zu fragen: „Was sagt die Partei dazu?“ Wir fühlen nicht den Verus in uns, als Schildknappe der Sozialdemokratie zu fungiren, da dieselbe sich, so viel wir wissen, selbst genügend vertheidigen kann. Was uns, als überzeugten Gewerkschafter, die Feder in die Hand drückt, ist die Behauptung, daß die Sozialdemokratie für die Gewerkschaftsbewegung schlechthin nicht förderlich sei und daß ein Sozialdemokrat als solcher für die betreffende Organisation als schädlich bezeichnet werden müsse. Eine derartige Aeußerung, deren Schärfe nicht lediglich auf die Hitze des Kampfes zurückgeführt werden kann, verdient es, in den Organen der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften kritisch beleuchtet zu werden, damit es nach außen hin nicht den Anschein gewinnt, als ob andere Gewerkschaften dieser Ansicht zustimmten. Eine Auseinandersetzung über diese Beurtheilung der Sozialdemokratie seitens einer hervorragenden Gewerkschaftszeitung ist um so dringender nothwendig, als eingestandenemassen die übergroße Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sich politisch zur Sozialdemokratie rechnet. Auf dem dritten deutschen Gewerkschaftskongresse in Frankfurt erklärte der Vorsitzende der Generalkommission, Legien, ausdrücklich: „Die gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands sind nicht sozialdemokratisch, weil sie die Aufnahme nicht davon abhängig machen, ob das neue Mitglied der sozialdemokratischen Partei angehört; aber die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften sind zum allergrößten Theil Mitglieder der deutschen sozialdemokratischen Partei. Das kann doch nicht anders sein, das ist doch selbstverständlich“, und der Vorsitzende des Kongresses, Bömelburg, kam in seiner Schlußrede noch einmal auf diesen Punkt zurück, indem er sprach: „Das steht nun einmal fest für die deutsche Gewerkschaftsbewegung: bisher haben wir die Sozialdemokratie als die beste Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung betrachtet und das dürfte auch für die Folgezeit so bleiben.“ Wenn diese Behauptungen auf Wahrheit beruhen — und dies wird wohl kein Kenner der Verhältnisse bestreiten wollen —, so sind die Gewerkschaften Deutschlands nach Ansicht des Redakteurs des „Correspondent“ in einer verhängnißvollen Selbsttäuschung befangen, indem sie nicht nur die sozialdemokratische Parteiorganisation an und für sich, sondern auch die sozialdemokratische Weltanschauung im Allgemeinen für ein Förderniß der Gewerkschaftsbewegung halten und auf deren Unterstützung nicht verzichten wollen.

Es ist eine eigenthümliche, allerdings durch die Psychologie der Massen erklärbare Erscheinung, daß gewisse Anschauungen, deren Unhaltbarkeit und Unrichtigkeit vielfältig nachgewiesen worden, dennoch mit krampfhafter Zähigkeit festgehalten werden. Hierzu gehört auch die Meinung, daß die Sozialdemokratie der Gewerkschaftsbewegung feindlich sei. Nach dem Erfahrungssatz: „Was man hofft, glaubt man gern“, tauchen in der sog. bürgerlichen Presse hin und wieder Bemerkungen auf, die einen Gegensatz zwischen Gewerkschaft und Sozialdemokratie beweisen sollen. Wie weit sich gewisse Leute in dieser Hinsicht versteigen, beweist eine Aeußerung des Kölner Zentrumsabgeordneten Fuchs, die er vor ungefähr einem Jahre im preussischen Abgeordnetenhaus that: „Die Sozialdemokratie bekämpft die gewerkschaftliche Bewegung als ihren Todfeind.“ Und der Abgeordnete Hize, der Sozialpolitiker des Zentrums, erklärte bei derselben Gelegenheit: „Die Gewerkschaften sind Arbeiterorganisationen gegen die Sozialdemokratie, nicht gegen die Unternehmer.“ Nicht minder auch ist in den Kreisen der Gewerkschafter selbst die Meinung noch immer nicht völlig verschwunden, daß die offizielle Sozialdemokratie das Anwachsen und die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung mit scheelen Augen betrachte und in derselben einen unliebsamen Konkurrenten erblicke. Um diese Meinung zu festigen, liebt man es, diese oder jene Aeußerung irgend eines beliebigen sozialdemokratischen „Führers“ zu verallgemeinern und als die Anschauung der Gesamtpartei hinzustellen — eine Methode, die jeder Logik entbehrt, aber trotz oder vielleicht gar wegen dieses Mangels auf eine kritiklose Masse einen großen Eindruck macht.

In Wirklichkeit lehrt uns die Geschichte der Arbeiterbewegung, daß die Gewerkschaften ganz naturgemäß aus der sozialdemokratischen Bewegung heraus entstanden sind. Allerdings hat es eine Zeit gegeben — anfangs der 70er Jahre —, als man in der gewerkschaftlichen Bewegung seitens der Lassalle'schen Sozialdemokratie eine direkte Schädigung „der radikalen sozialpolitischen Bestrebungen“ der Arbeiter erblickte und die Förderer dieser Bewegung „Verräther der Arbeiterklasse“ nannte. Diese Anschauung ging hervor aus einer kolossalen Ueberschätzung der politischen Agitation, die mit dem Stimmzettel den kapitalistischen Staat aus den Angeln heben wollte. Sobald diese Ueberschätzung einer ruhigeren Ueberlegung Platz machte, faste der Gewerkschaftsgebante neue Wurzeln in den Kreisen der Arbeiter. Die Sozialdemokratie mußte sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Erringung der politischen Macht und das Zerbrechen des Kapitalismus für die nächste Gegenwart aussichtslos sei und daß deshalb die Gegenwartarbeit gepflegt werden müsse. Und da letztere vorwiegend eine Aufgabe der Gewerkschaften ist, so würde sich die Sozialdemokratie selbst das Todesurtheil sprechen, wenn sie die gewerkschaftliche Bewegung nicht rückhaltlos unterstützte.

Und in der That hat die Sozialdemokratie keine Gelegenheit vorübergehen lassen, der Gewerkschaftsbewegung ihre Sympathie auszusprechen. Selbst im Jahre 1893, als eine merkwürdige Spannung zwischen den „Führern“ der politischen und

gewerkschaftlichen Bewegung herrschte, erklärte der Vorstand der sozialdemokratischen Partei in seinem dem Kölner Parteitage erstatteten Bericht ausdrücklich: „Die sozialdemokratische Partei hat sich von jeher und auch sofort, als sie in Deutschland wieder offen auftreten konnte, auf dem Parteitage in Halle, mit aller Entschiedenheit für die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und für starke Organisationen ausgesprochen. . . . Die Partei hat es auch bis in die neueste Zeit weder an geistiger, noch an materieller Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung fehlen lassen.“ (Protokoll, S. 42.) Und der Parteitag selbst sprach in einer von Auer, Bebel, Liebknecht, Singer, Frohme usw. eingebrachten, einstimmig angenommenen Resolution „der Gewerkschaftsbewegung seine Sympathie aus und legte den Parteigenossen von Neuem die Pflicht auf, unermüdet für die Erkenntniß der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken und mit aller Kraft für deren Stärkung einzutreten.“ Wer da noch von der Sozialdemokratie als einem Todfeinde der Gewerkschaftsbewegung sprechen kann, dessen Geist muß anders konstruirt sein als der unsere.

Ähnliche Aeußerungen der Sympathie seitens offizieller Parteitage und hervorragender Führer der Sozialdemokratie lassen sich mehrere anführen, wobei die persönliche Ansicht des Einzelnen über die Tragweite, Wirkung und Aussicht der gewerkschaftlichen Bewegung belanglos ist. Was die Gewerkschaftsbewegung leisten kann und wie weit sie widerstandsfähig ist gegenüber den Unternehmerkoalitionen, darüber gehen die Ansichten natürlich auseinander; über die Nothwendigkeit der Gewerkschaften und die Pflicht eines jeden Sozialdemokraten, dieselben zu unterstützen, besteht kein Zweifel.

Aber nicht nur bei schönen Worten der Sympathie hat es die sozialdemokratische Partei bewenden lassen, nein, sie hat auch durch die That bewiesen, daß sie sich eins weiß mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen. Bei Streiks, Aussperrungen usw. hat sie materielle Mittel hergegeben und — was oftmals noch werthvoller ist — ihren Einfluß in die Waagschale geworfen. Das erkennen die Gegner mit Ingrimm an, wenn sie von „sozialdemokratischen Streiks“ sprechen, ohne zu merken, daß sie sich selbst in's Gesicht schlagen, wenn sie bei anderer Gelegenheit die Sozialdemokratie in einen Gegensatz zu den „friedlichen“ Gewerkschaften bringen. Bei dem Bergarbeiterstreik, bei der Bewegung in der Konfektionsbranche, bei dem soeben beendeten Ausstand der Berliner Pferdebahnangestellten und bei hundert anderen Gelegenheiten, bei denen es sich nicht um sozialdemokratische, sondern um rein gewerkschaftliche Bestrebungen handelte, hat die Sozialdemokratie keinen Augenblick gezögert, die Sache der kämpfenden Arbeiter zu der ihrigen zu machen.

Und erst die Arbeit im Parlamente! Ist es unseren Lesern gegenüber noch nothwendig, auf die Verdienste hinzuweisen, die sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion so gut wie die sozialdemokratischen Vertreter in den Einzellandtagen in der Vertheidigung der Gewerkschaften erworben haben? Wir glauben nicht, daß dies nötig sein wird. Jeder Mensch, der die politischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte unbefangenen verfolgt hat, muß zugeben, daß die Sozialdemokraten sofort und allüberall auf dem Plane erschienen sind, wenn der gewerkschaftlichen Bewegung eine Gefahr drohte, wobei nicht bestritten werden soll, daß auch unter den bürgerlichen Parteien Leute mit ehrlichem Herzen und vernünftigen sozialpolitischen Anschauungen dasselbe gethan haben. Letztere waren aber „weiße Raben“ und stellten sich in einen Gegensatz zu dem Gros ihrer Parteigenossen, während die Sozialdemokratie als Partei gewerkschaftsfördernd handelte. Es widerspricht also direkt der Wahrheit, wenn der „Correspondent“ die Sozialdemokratie als nicht förderlich für die Gewerkschaftsbewegung erachtet, abgesehen davon, daß eine solche grundlose Brüstung ein taktischer Fehler ist, der durch eine persönliche Bestimmung des Artikelschreibers wohl erklärt, aber keineswegs entschuldigt werden kann.

Aber nicht nur die Sozialdemokratie als Partei ist schädlich für die Gewerkschaftsbewegung, sondern auch der sozialdemokratische Geist im Allgemeinen. Das scheint der „Correspondent“ sagen zu wollen, wenn er das Hervortreten des „Genossen“ in einer Organisation für verhängnißvoll erachtet. Wir glauben uns nicht zu täuschen, wenn wir unter dem „Genossen“ des „Correspondent“ einen Arbeiter verstehen, der außer seinen gewerkschaftlichen Bestrebungen auch noch politische oder, richtiger ausgedrückt, sozialdemokratische Zwecke verfolgt. Das dies das gute Recht des „Genossen“ ist, kann wohl kaum bestritten werden, da unseres Wissens ein in die Gewerkschaft eintretender

zum größten Teil unseren Bestrebungen feindlich gegenüber stehen und mit dazu beitragen, daß die elfstündige Arbeitszeit hier noch nicht beieitigt werden konnte.

Delitzsch. Die Löhne der hiesigen Holzarbeiter sind die denkbar niedrigsten im Vergleich zu anderen Berufen, wie Maurern, Zimmerern etc.

Essen a. d. Ruhr. Am 10. Mai tagte hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung, in welcher Kollege Beder-Hannover über das Thema: „Der Kampf um's Dasein“ referierte.

Esslingen. In Anbetracht der noch sehr ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse am hiesigen Ort hat eine größere Anzahl der organisierten Holzarbeiter folgende Forderungen an die Arbeitgeber gestellt:

Grünberg. Eine recht rege Agitation ist in letzter Zeit hier betrieben worden, wobei wir die Unterstützung der Gewerkschaften besonders hervorheben.

weist treffend die Vernichtung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb nach. Eine Dampfperforator erfordert an Unterhaltungskosten ungefähr M. 1 pro Tag und ersehe die Kraft von 21 rüstigen Arbeitern.

Gausham. Kollege Erkl aus München schilberte in einem längeren Vortrage die Lage der Holzarbeiter, mit besonderer Berücksichtigung derjenigen der Säger, und weiter den Kampf der Münchener Schreiner um den Neunstundentag.

Kreuznach. Der Streik der hiesigen Kammmachermeister ist beendet. Die Groblisten kehrten sich nicht an die Freie Vereinigung Kreuznacher Kammmachermeister und versuchten einige Mitglieder derselben zu bewegen, mit einem Aufschlag von 10 pZt. auf einen Teil der Waare weiter zu liefern.

Lindau a. Bodensee. Am 13. Mai sollte im „Gasthaus zum Hirsch“ eine öffentliche Holzarbeiterversammlung stattfinden. Im letzten Augenblick derweilerte uns der Wirt jedoch den Saal, weshalb wir mit unserem engen Verkehrslokal dortlieb nehmen mußten.

Nedarau. Die Ende vorigen Jahres hier gegründete Zahlstelle hat schon einen Erfolg aufzuweisen. Im Laufe des Frühjahres beschäftigten wir uns in den Versammlungen mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung und Abschaffung des Kost- und Logiswesens und einigten uns dahin, den Arbeitgebern folgende Forderungen zu unterbreiten:

Urach. Der Streik der hiesigen Holzarbeiter wurde am 19. Mai für beendet erklärt, nachdem aus den Reihen der Streikenden eine größere Anzahl Streikbrecher sich gefunden hatte. Unsere Forderungen wurden daher bis später zurückgestellt und die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen.

halten die Kollegen stets treu zur Organisation, dazu gehört auch ein fleißiger Versammlungsbefuch, dann werden wir mit unseren Kollegen in der Altstadt Mannheim bald gleichgestellt sein.

Reichenbach i. Vogtl. Kollege Stolpe aus Grünberg sprach über das Thema: „Wie können wir unsere Interessen am wirksamsten vertreten?“

Singen a. S. Am Sonntag, den 13. Mai, fand hier Versammlung statt, zu welcher alle christlichen, nichtsozialdemokratischen Arbeiter eingeladen waren.

Urach. Der Streik der hiesigen Holzarbeiter wurde am 19. Mai für beendet erklärt, nachdem aus den Reihen der Streikenden eine größere Anzahl Streikbrecher sich gefunden hatte.

Warmbrau-Verfahrdorf. Der Streik in der Malsch'schen Mühlefabrik dauert unverändert fort. Trotzdem B., seinen eigenen Äußerungen gemäß, selbst froh wäre, wieder seine langjährigen, gut eingearbeiteten Leute zu haben, lehnt er dennoch alle unsererseits angebotenen Verhandlungsversuche in ebenso rückhaltlos wie halsstarriger Weise ab.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Ergebnis der Abstimmung, betreffend die Beitragserhöhung usw.

Table with 15 columns: 4 for 'Zahlstelle' and 'Abgegebene Stimmen' (Insgesamt, Dafür, Da-gegen) repeated three times. Rows list various locations and their corresponding vote counts.

